

*Was geschieht in den einzelnen Bundesländern, zum Beispiel in Ihrem, auf dem Gebiet Wasserstoff und Brennstoffzellen? Darüber informieren wir Sie in fortlaufenden Übersichtsartikeln. Heute gehen wir in den Nordosten — oder genau in die Mitte, ganz wie Sie wollen.*

Der Sinn oder Unsinn der Existenz von Stadtstaaten unter den Ländern der Bundesrepublik ist eine Frage, die seit 1949 die Gemüter erregt. Wir haben davon drei in Deutschland. Einer, nämlich Berlin, wollte das nie werden, aber die deutsche Teilung zwang dazu; als Verlängerung von Niedersachsen oder Hessen konnte man die halbe Stadt ja nicht betrachten. 1990 wurde Berlin wieder vereinigt, blieb aber ein Stadtstaat. Historisch betrachtet war Berlin nie vom umliegenden Brandenburg getrennt, aber ein Anlauf zur Fusion der Länder scheiterte bei der Volksabstimmung. So haben wir also dieses Mal an dieser Stelle hier einen Artikel über zwei Länder. So verschieden sie sind, so eng sind doch die Beziehungen zwischen ihnen.

In Berlin hat der DWV im Moment 22 Mitglieder. Damit steht das Land absolut an der fünften Stelle im Verband, und bezogen auf die Bevölkerung sogar an der ersten. Von den fünf körperschaftlichen Mitgliedern sind allerdings nur drei gewerbliche Unternehmen. Somit spiegelt sich in der Struktur unserer Mitglieder der Prozess der Entindustrialisierung der Stadt, der auch allgemein zu beobachten ist. Dafür spielt die politische Arbeit hier eine größere Rolle als anderswo.

Ein großer Teil der Verbandsarbeit in Berlin hat dabei gar nicht so sehr mit den Berliner Institutionen zu tun, sondern mit denen des Bundes. Immerhin gibt es gleich eine ganze Reihe von Bundesministerien, mit denen wir über Wasserstoff und Brennstoffzellen reden. Ressortmäßig zuständig ist eigentlich das Bundeswirtschaftsministerium, das aber über viele Jahre hinweg dem Wasserstoff regelrecht feindlich gegenüber stand. Zum Glück hat sich das in der jüngsten Zeit durch hausinterne Vorgänge und freundliche Hinweise aus Brüssel ein wenig geändert, obwohl das BMWi nach wie vor nicht das Zugpferd ist. Diese Rolle spielt eher das Bundesministerium für Verkehr und Stadtentwicklung. Als Kraftstoff im Straßenverkehr wird ja Wasserstoff seinen ersten publikumswirksamen und wirtschaftlich bedeutenden Auftritt haben, und da ist man zuständig. Übrigens auch für Brennstoffzellen als Teil eines dezentraleren Energiesystems, denn das berührt das Thema Stadtentwicklung. Dann müssten wir eigentlich sehr viel engere Kontakte mit dem Umweltministerium haben, aber dort gibt man sich oft eher reserviert. Dort scheint man dem Wasserstoff übel zu nehmen, dass man ihn derzeit meist aus Erdgas herstellt und sogar mit Kernenergie herstellen könnte. Hier herrscht eine gewisse Fixierung auf die Primärenergie.

Auch bei Demonstrationsprojekten in Berlin kommen die Mittel häufig nicht aus den chronisch leeren Kassen des Senats, sondern aus denen des Bundes, der EU und natürlich der Industriepartner. Das gilt besonders für die Clean Energy Partnership (CEP), die mittlerweile zwei Wasserstoff-Tankstellen in der Stadt betreibt, sowie für das Busprojekt HyFleet:CUTE, in dessen Rahmen die Berliner Verkehrsbetriebe bis zum Sommer 14 Busse mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor betreiben werden. Hier kommt aber der Wirtschaftssenator doch wieder ins Spiel, weil er bei der BVG eine ganze Menge zu sagen hat. Wir haben Senator Wolf erst vor einigen Tagen auf der Hannover Messe getroffen, und er schien der Idee einer Landesinitiative nicht abgeneigt zu sein. Wir werden am Ball bleiben und sehen, wie groß der Spielraum unter dem Diktat der leeren Kassen ist.

Bei Brandenburg kann man von Entindustrialisierung eigentlich nicht reden. Dieses Land hatte ohnehin nie besonders viel davon. Es verfügt dafür über eindrucksvolle natürliche Reichtümer in Gestalt von Wäldern, Seen und anderen Perlen der Landschaft, aber das macht den Wirtschaftsminister in Potsdam nicht besonders glücklich. Übrigens hat der DWV dort auch ganze sechs Mitglieder, darunter keine Firma. Aber es gibt eine andere

Stelle, an der der Verband einhaken kann. Brandenburg verfügt über erhebliche Ressourcen an erneuerbaren Energien. Das sind in erster Linie Wind (wie man zu bemerken nicht umhin kommt, wenn man einmal die A24 entlang fährt) und Biomasse. Hier kann also die Rolle des Wasserstoffs als ausgleichendes Element bei der Einspeisung von erneuerbarer Energie ins Netz wichtig werden. Hier sehen wir eine weitere frühe Anwendung dieses Energieträgers, selbst wenn der Endkunde davon unmittelbar relativ wenig merken wird. Auch der emissionsarme Betrieb von Booten etwa im Spreewald oder auf anderen Seen, Flüssen und Kanälen verspricht Impulse für den Tourismus und damit für die Wirtschaft. Es laufen bereits einige unbemannte Waldbrand-Warnanlagen, die mit Hilfe von Brennstoffzellen mit Energie versorgt werden.

Unsere drei Landesbeauftragten (Behrend, Sandlaß, Schmidtchen) haben das bei einem Gespräch mit dem Potsdamer Wirtschaftsministerium kürzlich einmal alles auf den Tisch gelegt. Das Echo war verhalten positiv. Die Nachbarn in Mecklenburg-Vorpommern machen ja vor, wie es geht. Vielleicht können sie den Potsdamern einige Hinweise geben, wie man vom Känguru lernt (mit leerem Beutel große Sprünge machen).

Sie sehen, dass eine ganze Reihe von Dingen im Fluss sind. Was dabei heraus kommt, wissen wir noch nicht. Es bleibt interessant.

*Ulrich Schmidtchen*